



Niederschrift

46. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.02.2013
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Frau Ingrid Püschel	DIE LINKE	Teilnahme bis 19:20 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:50 Uhr
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme bis 19:50 Uhr
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	

sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Herr Florian Engels	SPD	Teilnahme bis 18:40 Uhr
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Kathleen Krause	SPD	
Frau Beate Kruczek	FDP	Teilnahme bis 19:45 Uhr
Herr Daniel Zeller	Bündnis 90/Die Grünen	

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Frau Petra Rademacher FBL Bildung u. Sport

Herr Torsten Gessner	BL Sport
Frau Dr. Roswitha Voigtländer	Volkshochschule
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Frau Carmen Lehmann	FB Bildung u. Sport
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatl. Schulamt
Frau Birgit Ernst	Staatl. Schulamt
Herr Frederik Ahlgrimm	Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Erziehung
Frau Anja Reinicke	FB Grün- u. Verkehrsflächen
Frau Martina Trauth-Koschnick	Büro für Chancengleichheit u. Vielfalt
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Anne Pichler	Stadtsportbund
Frau Claudia Buschner	kobra.net
Herr Markus Wicke	kobra.net
Frau Grit Weirauch	PNN
Herr Mantau	SV Motor Babelsberg
Herr Heymann	SV Motor Babelsberg

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt
-------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	entschuldigt
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	nicht anwesend

Schriftführer/in: Frau Gudrun Wildgrube

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Potsdamer Oberschulen zeigen Profil - Vorstellung der Broschüre
- 4 Pilotprojekt Inklusive Grundschule - Sachstand Staatliches Schulamt

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren
Vorlage: 12/SVV/0767
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
FA (ff)
- 5.2 Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler verbessern
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0794
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 5.3 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0903
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
Ges./Soz., KA, HA
- 5.4 Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen und Kitas in der LH
Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0843
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0030
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
alle Fachausschüsse, alle OBR
- 5.6 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre
2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR
- 5.7 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0045
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
alle Fachausschüsse, alle OBR
- 5.8 Abschaffung der Trägerkarte für das Azubi-/Schülerticket des ViP
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0083
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
- 5.9 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0082
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Caterer Workshop am 25.02.2013 in Potsdam
- 7 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 15.01.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Dünn stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die zu den Tagesordnungspunkten eingeladenen Gäste.

Zu TOP 5.8 wurde Herr Domnick als Vertreter der Verwaltung eingeladen, der sich aus Urlaubsgründen entschuldigen ließ. **Herr Dünn** weist erneut darauf hin, dass bei Tagesordnungspunkten, wo das Erscheinen eines Mitarbeiters der Verwaltung erforderlich ist, um Auskunftsfähigkeit zu gewährleisten, dieser bzw. ein Vertreter anwesend sein müssen.

Zur ausgereichten Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 15.01.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

zu 3 Potsdamer Oberschulen zeigen Profil - Vorstellung der Broschüre

Herr Ahlgrimm von der Gesellschaft zur Förderung von Bildung und Erziehung stellt die ausgereichte Broschüre vor, die zusammen mit den Potsdamer Oberschulen erstellt wurde.

Die vorgestellte Publikation ist das Ergebnis eines Projektes im Rahmen der „Initiative Oberschule“ (IOS), die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, vom Europäischen Sozialfonds und der Bundesagentur für Arbeit gefördert wird. Die IOS unterstützt Kooperationsprojekte zwischen Oberschulen und außerschulischen Partnern, die dazu dienen sollen, die Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler an Oberschulen zu verbessern, ihre Sozialkompetenzen zu stärken und eine bessere Berufsorientierung zu garantieren. Gleichzeitig sollen durch IOS-Projekte die Kompetenzen der Lehrkräfte als wichtiger Begleiter der Schülerinnen und Schüler auf dem Weg der Ausbildungsplatzsuche erweitert und die Oberschulen gestärkt werden.

Frau Dr. Magdowski hält die Broschüre für gelungen und bedankt sich bei den Redakteuren.

Herr Ahlgrimm beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder. Er weist darauf hin, dass sich im Hinblick auf die angedachte Errichtung einer neuen Gesamtschule am Schlaatz Unruhe breit macht. Die Oberschulen fragen sich, ob sie dann noch Bestand haben.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Pilotprojekt Inklusive Grundschule - Sachstand Staatliches Schulamt

Frau Ernst verweist darauf, dass mit der Verabschiedung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes durch die Landesregierung das Ziel eines inklusiven Schulsystems bekräftigt wurde. Grundschulen waren aufgerufen, sich für eine Teilnahme am Projekt zu bewerben. Aus dem Schulamtsbereich Brandenburg nehmen 27 öffentliche Schulen und 2 freie Schulen teil, landesweit mehr als 80. Im Land Brandenburg habe man bereits vorher Erfahrungen im gemeinsamen Unterricht gesammelt. Es gab ein schulamtsinternes Projekt, an dem auch Potsdamer Schulen teilnahmen. Sie geht in ihrer Bilanz auf Ausstattung, wissenschaftliche Begleitung, Fort- und Weiterbildung, Rahmenplanentwicklung, Diagnostische Teams und Öffentlichkeitsarbeit ein. Seit Herbst 2011 gibt es den Runden Tisch, den Wissenschaftlichen Beirat und Regionalkonferenzen.

Seit Mitte Januar ist ein Webportal www.inklusion-brandenburg.de gestartet, auf dem umfangreiche Informationen angeboten werden.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die beantwortet werden.

Herr Dünn bedankt sich für die Ausführungen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren Vorlage: 12/SVV/0767

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
FA (ff)

Herr Dörnbrack erklärt, dass es inhaltlich keine neuen Informationen gibt. Es wird eine weitere Beratung mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport geben, in die Vertreter des Kreisschulbeirates und des Kreiselternrates einbezogen werden. Als Termin ist der 06.03.2013 avisiert.

Frau Dr. Magdowski hält es für wichtig, das Ergebnis vor Abschluss der Haushaltsberatungen zu erfahren.

Herr Dörnbrack geht davon aus, dass Herr Gessner als Vertreter der Stadt anwesend sein wird.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den Vorschlag zum Bürgerhaushalt zurückzustellen.

Der Vorschlag zum Bürgerhaushalt wird zurückgestellt.

zu 5.2 Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler verbessern
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0794

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Im Vorfeld der Sitzung wurden Fragen von **Herrn Wollenberg** an den Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen übergeben.

Frau Reinicke geht auf die von Herrn Wollenberg gestellten Fragen ein. Entsprechend dem Schulwegsicherungskonzept bestehe kein erhöhter Handlungsbedarf. Die baulichen Maßnahmen wurden geprüft und Mängel beseitigt. Sie erklärt, dass der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen (47) das Aufstellen von Halteverböten nochmals an die Straßenverkehrsbehörde (32) herantragen und über das Ergebnis entsprechend informieren wird. Man tendiere nicht zu baulichen Maßnahmen.

Herr Wollenberg möchte wissen, ob es Alternativen gibt, wenn an der Kreuzung bauliche Maßnahmen nicht möglich seien.

Frau Reinicke erklärt, dass nach Prüfung die verkehrsorganisatorischen Maßnahmen ausreichend sein dürften, so dass weitere bauliche Maßnahmen nicht erforderlich sind.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage „Schulwegsicherung für Fontane-Grundschüler verbessern“ zur Kenntnis.

zu 5.3 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam
Mitteilungsvorlage: 12/SVV/0903

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
Ges./Soz., KA, HA

Frau Trauth-Koschnick informiert anhand einer Präsentation zum Werdegang und über Ergebnisse. Fünf Arbeitsgruppen haben nach dem gleichen Schema gearbeitet. Es gab eine Projektleitung, eine Steuerungsgruppe und ein wissenschaftliches Institut zur Unterstützung. Als zentrales Ergebnis aller Arbeitsgruppen wurde herausgearbeitet, dass die Stadtgesellschaft mehr Sensibilität für behinderte Menschen entwickeln solle. Der Teilhabenplan hat 180 Maßnahmen formuliert. Sie reicht die Ergebnismatrix der Arbeitsgruppe 2 „Bildung“ in Schriftform an die Ausschussmitglieder aus. Die Arbeitsgruppe 2 wurde durch kobra.net moderiert. Es wurden 69 Maßnahmen festgelegt. Beim Handlungsfeld Sport sei das Angebot für Behinderte in Potsdam unzureichend. 70 % der Sportstätten seien nicht barrierefrei. Eine Umfrage bei Betroffenen habe ergeben, dass Angebote zurückgefahren wurden. Behinderte Menschen fühlen sich über die Angebote schlecht informiert. Die Sportvereine sollten für bestehende Sportangebote mehr werben. Die Umsetzung des lokalen Teilhabeplanes soll unter Federführung des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt erfolgen. Es solle auch evaluiert werden.

Herr Dünn fragt, wie der Stadtsportbund die Aussagen einschätzt.

Frau Pichler erklärt, dass die Angebote für behinderte Menschen nicht

zurückgefahren wurden. Die Definition Behindertensport sei schwierig. Angebote machen z. B. der SC Potsdam, der Potsdamer Reitverein oder der Tauchverein. Über die Internetseite des Stadtsportbundes könne man sich informieren. Auf Anfrage werden Angebote durch den Stadtsportbund vermittelt.

Herr Gessner bestätigt, dass die Sportvereine Angebote anbieten. Der Bereich Sport versuche auch im Behindertensport bestimmte Aktivitäten voranzubringen. Die Nachfrage könnte allerdings reger sein. Was die bauliche Seite angeht, seien beschriebene Mängel bekannt.

Herr Menzel fragt, welches Konzept es beim Stadtsportbund gebe, die Bedarfe zu erfassen und danach zu arbeiten.

Herr Szilleweit erklärt, dass der Stadtsportbund statistische Daten erhebt. So habe der Laufverein behinderte Sportler, die bereits integriert seien. Er schlägt vor, dies zukünftig statistisch zu erfassen.

Frau Dr. Magdowski verweist darauf, dass es in Potsdam viele kleine Sportvereine gibt. Solche Angebote hängen auch mit der Größe des Vereins zusammen. Das Thema könne man mit dem Sportentwicklungsplan diskutieren.

Herr Klamke verweist darauf, dass es in Babelsberg einen privaten Träger (Oberlinhaus) gibt, der eine gut ausgestattete, behindertengerechte Sporthalle und Schwimmhalle hat. Er fragt nach der Nutzungsmöglichkeit.

Herr Gessner erklärt dass die Verwaltung mit Oberlin bedarfsorientiert im Gespräch sei. Ihm wurde weitestgehende Auslastung signalisiert.

Frau Krause hält die Ausstattung mit Trainerlizenzen für wichtig und verweist auf eine Initiative in Berlin Spandau, wo aufgrund des Teilhabeplanes Trainerlizenzen unterstützt wurden. Sie möchte wissen, ob dies für Potsdam angedacht sei und wie die Schulung zur Inklusion innerhalb der Verwaltung vorgesehen ist.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass die Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter parallel statffinde. Sie möchte den Teilhabeplan in den Fachbereichen vorstellen, wenn Interesse besteht.

Herr Menzel möchte wissen, inwieweit es Unterstützung durch die Stadtspitze gebe oder ob man sich einen runden Tisch, geleitet durch den Oberbürgermeister, wünsche.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass sie sich bezüglich der Erarbeitung des Teilhabeplanes durch den Oberbürgermeister unterstützt gefühlt habe.

Frau Dr. Magdowski unterstreicht, dass dem Oberbürgermeister Inklusion am Herzen liegt. Er habe die Finanzierung der Schulen unterstützt. Klar sei aber auch, dass man nicht alles ermöglichen könne. In den Schulen sei ein Umdenkprozess eingeleitet worden. Nächste Schritte sollten, wie beschrieben, weitergestaltet werden.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Lokalen Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam zur Kenntnis.

zu 5.4 Konzept zur Umsetzung der Inklusion an den Schulen und Kitas in der LH

Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0843

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Menzel bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein. Er verweist auf ein Beispiel aus Hamburg und spricht sich dafür aus, bereits in der Kita Projekte zur Inklusion zu entwickeln.

Frau Rademacher erklärt, Herausforderung sei die Aufgabe, nicht das Konzept. Man sei noch nicht in der Situation das Konzept zusichern zu können. In den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 erfolge die Umsetzung des Vorhabens in den Pilotschulen im Land Brandenburg. Danach werde die Evaluation erfolgen. Es müssen räumliche und sächliche Bedingungen festgelegt werden. Eine Konzepterstellung bis September 2013 sei nicht zu erfüllen. Der Aufgabenstellung sollte man sich unter Einbeziehung der Betroffenen annehmen.

Frau Krause verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion SPD. Inklusion gehe alle Bereiche an und sollte nicht auf Bildung reduziert werden.

Herr Wollenberg ist an einer kleinschrittigen Umsetzung für die einzelnen Bereiche gelegen.

In der Diskussion stellt sich heraus, dass das Konzept nicht bis September 2013 vorzulegen ist. Beide Antragsteller sind einverstanden, die vorgegebene Zeitschiene aus den Anträgen zu streichen.

Herr Dünn lässt beide Anträge getrennt abstimmen. Als weitergehender Antrag wird der Antrag der SPD-Fraktion zuerst abgestimmt.

Beschlusstext: Änderungsantrag Fraktion SPD

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Maßnahmeplan zur Umsetzung der Inklusion in Potsdam gemeinsam mit den beteiligten Entwicklern der Teilhabepäne Barrierefreie Umwelt und Wohnen, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Soziale Sicherheit und Teilhabe sowie Kultur, Freizeit und Sport einzubringen.

Darin sollen die Teilschritte der Umsetzung, die erforderlichen Maßnahmen und geschätzten Kosten in Jahresscheiben benannt werden. Nach öffentlicher Diskussion in allen Gremien, mit allen Beteiligten sowie in den Sozialräumen sollen die Ergebnisse ~~spätestens im September 2013~~ vorgelegt werden. Um eine Zusammenarbeit aller Geschäftsbereiche problemlos zu garantieren, sollte in jedem Geschäftsbereich ein_e Hauptverantwortliche_n für die Koordinierung ernannt werden und in die Diskussion mit eingebunden werden

Beschlusstext: Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zur Umsetzung der Inklusion an Schulen und Kitas in der LH Potsdam gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt und interessierten Schulen und Kitaträgern für die Zeit von 2014-2017 zu erstellen. Darin sind auch die erforderlichen Maßnahmen und geschätzten Kosten in Jahrescheiben zu benennen.

~~Das Konzept ist im September 2013 der SVV vorzulegen.~~

Abstimmungsergebnis Änderungsantrag Fraktion SPD:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

Abstimmungsergebnis Antrag Bündnis90/Die Grünen:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 2

zu 5.5 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013**Vorlage: 13/SVV/0030**

Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilienservice
alle Fachausschüsse, alle OBR

Herr Richter erklärt, dass der vorliegende Wirtschaftsplan mit einigen Änderungen bzw. Verschiebungen die Fortschreibung des beschlossenen Planes 2012 ist. 2013 sind 800.000 € für die Sanierung der Förderschule am Nuthetal nicht mehr enthalten. Dafür ist 2014 zusätzlich die Sanierung der Turnhalle der Grundschule Bruno H. Bürgel mit 700.000 € eingestellt. Zeitliche Verschiebungen gab es bei der Rosa-Luxemburg-Schule und der Grundschule am Priesterweg, ohne Auswirkung auf die Gesamtbauzeit bzw. Bauinhalte. In der Rosa-Luxemburg-Schule werde die Speisenversorgung gelöst, was eine Erweiterung des Projektes entspreche. 2015/2016 werden Brandschutzmaßnahmen an der Grundschule im Kirchsteigfeld und der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule vorgesehen. Das absinkende Volumen habe mit der Verfügbarkeit der Mittel der Landeshauptstadt Potsdam zu tun. Ab 2015 werde man ausschließlich in Erweiterungsbauten der Bildungsinfrastruktur, nicht mehr in Sanierung investieren. Das heiße aber nicht, dass die Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen sind. Die Maßnahmen konnten im Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt werden. Verändert habe sich, dass in den Vorjahren 1/3 durch Kredit und 2/3 durch Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam finanziert wurden. Jetzt werden im Bereich Bildungsinfrastruktur 82 % durch Kredit finanziert. Er gehe davon aus, dass sich aus der neuen Schulentwicklungsplanung weitere Anforderungen an die Investitionstätigkeit ergeben werden. U. a. werde man die Sanierung der Turnhallen als Thema mitnehmen müssen. Barrierefreie Sportanlagen seien ebenfalls ein Thema.

Frau Erning vermisst im Wirtschaftsplan KIS Maßnahmen, Inklusion betreffend. Sie fragt, ob sich die Landeshauptstadt Potsdam mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt habe, um zu klären, wie das zu bewerkstelligen sei, um ein Scheitern der Inklusion zu verhindern.

Herr Richter erklärt, dass Neubauten barrierefrei realisiert werden. Für die Sanierung von Bestandsbauten gebe es keine Förderprogramme von Bund und Land, auf die man zurückgreifen könne. Man müsse die Mittel aus eigener Kraft bereitstellen. Insofern könne man nur in begrenztem Maße bauliche Maßnahmen durchführen.

Frau Rademacher ergänzt, dass in Potsdam das Scheitern der Inklusion nicht zu befürchten sei. In Potsdam werde Inklusion bereits gelebt. So seien bereits 53 % der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in städtische Schulen integriert. Bei anderen Städten beläuft sich diese Zahl auf nur 15 %.

Frau Heigl möchte wissen, wann die Sanierung des Speisewürfels der Voltaire Gesamtschule erfolgen wird. Außerdem habe sie eine Frage zur Sanierung bei Kitas.

Herr Richter erklärt, dass der Wirtschaftsplan KIS bis 2016 keine Planungen vorsehe. Nach Vorliegen der Schulentwicklungsplanung werde man sich mit Investitionen befassen müssen.

Herr Wollenberg stellt den **Geschäftsordnungsantrag**, dass die Verwaltung ihre Vorschläge zum Haushalt vorstellt und für interessierte Ausschussmitglieder ein Fragenkolloquium organisiert wird.

Herr Richter begrüßt den Vorschlag und bittet darum, ihm die Fragen im Vorfeld zukommen zu lassen.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 1

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen.

Herr Dünn schlägt vor, so zu verfahren und Fragen schriftlich an Herrn Richter zu stellen.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.6 **Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014**

Vorlage: 13/SVV/0043

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Fachausschüsse, alle OBR

Frau Dr. Magdowski erläutert, dass Potsdam eine wachsende Stadt ist. Aus dem Aufwuchs an Schülern ergeben sich zusätzliche Anforderungen. Der vorgestellte Wirtschaftsplan sei das Finanzkonzept, das die Bedarfslage der Grundschulen abdecke. Größere Defizite gebe es im Bereich der Sportstätten. Hier gebe es großen Nachholbedarf. Dies sei den durchgeführten Maßnahmen im Luftschiffhafen geschuldet, weil die Stadt Bundes- und Landesförderung mitfinanzieren müsse.

Frau Rademacher bietet an, auch an den Fachbereich Bildung und Sport Fragen zu stellen.

Sie informiert, dass es zum Ergebnishaushalt mehrere Planungsstufen gab. Es sei eine große Herausforderung gewesen, im Rahmen der Eckwerte einen ausgewogenen Ergebnishaushalt hinzubekommen. Er könne so akzeptiert werden, allerdings gebe es keine Ressourcen. Bei der Abbildung des Luftschiffhafens gibt es eine neue Darstellung im Haushalt. So seien sämtliche vertragliche Verpflichtungen abgebildet (S. 114). Es gibt eine Reihe von Wirtschaftssperren, was die Durchführung eines kontinuierlichen Schulbetriebes erschwere. Zu Schulinvestitionen habe sich der Fachbereich mit dem KIS abgestimmt. Das Ergebnis sei konform mit der Abbildung im Wirtschaftsplan KIS.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, die Behandlung

zurückzustellen.

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.7 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)

Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0045

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
alle Fachausschüsse, alle OBR

Frau Dr. Magdowski gibt einen Überblick über die Geschäftsbereichsmaßnahmen und verweist darauf, dass die Übertragung der Nutzungsverantwortung auf Sportvereine intensiver diskutiert werden sollte. Ebenfalls sollte thematisiert werden, ob man Gebühren für die Sportstätten verlangen soll. Sie erinnert insbesondere an die bisherigen kommunalpolitischen Vorgaben, die größtenteils anders lauteten.

Frau Rademacher verweist darauf, dass es sich zunächst vernünftig anhöre, Verantwortung auf die Vereine zu übertragen. Es lasse sich jedoch vermuten, dass höhere Kosten auf den Fachbereich zukommen könnten.

Herr Szilleweit erklärt, dass er sich nicht vorstellen könne, wie man dem Vorschlag des KIS entsprechen kann.

Frau Rademacher erklärt, dass eine Zuarbeit des KIS zugesichert sei, in der die gegenwärtige Situation und die künftigen Vorstellungen bezüglich der Verantwortungsübertragung dargestellt werden.

Frau Pichler verweist darauf, dass die Vereine zu 90 % ehrenamtlich geführt werden und verschiedene Trainingsgruppen die Sportstätte nacheinander nutzen. Als der KIS die Liegenschaften übernommen hat, sei das mit dem Personal erfolgt. Der Fachbereich Bildung und Sport zahle dafür Betriebskosten. In den letzten Jahren sei Personal bereits reduziert worden, so dass sie keine Einsparungsmöglichkeiten mehr sehe. Bereits jetzt gebe es teilweise externe Firmen. Die Schäden an Sportstätten werden durch solche Maßnahmen größer. Sie bedauert, dass man sich diesbezüglich nicht mit dem Stadtsportbund in Verbindung setzt. Viele Vereine machen Sport in Sportstätten, in denen die Verhältnisse nicht zumutbar seien. Die Aussagen, die zur Beteiligung der Vereine an den Kosten der Sportstätten gemacht werden, seien falsch. Dazu müsse man die Struktur der Vereine kennen.

Frau Kruczek bittet Frau Pichler, die Argumente aufzulisten und mit der Niederschrift auszureichen.

Herr Dünn greift den Verfahrensvorschlag auf. Frau Pichler wird gebeten, eine schriftliche Stellungnahme des Stadtsportbundes abzugeben, die mit der Niederschrift ausgereicht wird.

Die Mitteilungsvorlage wird zurückgestellt.

zu 5.8 Abschaffung der Trägerkarte für das Azubi-/Schülerticket des ViP

Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0083

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Herr Dünn bedauert, dass kein Vertreter des Beteiligungsmanagements anwesend ist.

Frau Rademacher erklärt, dass der Mitteilungsvorlage ein Antrag zugrunde liegt, das Verfahren zu vereinfachen. Der Schulträger könne zwar das Verfahren für 42 städtische Schulen darlegen, er könne jedoch nur Einfluss auf die freien Schulen durch Überzeugung nehmen. Man wolle sich mit den Schulen in freier Trägerschaft zu der Thematik verständigen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage zur Abschaffung der Trägerkarte für das Azubi-/Schülerticket des ViP zur Kenntnis.

zu 5.9 Wohnheimplätze am Luftschiffhafen
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0082
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Frau Rademacher informiert, dass die Verwaltung aufgefordert wurde, die Finanzierung mit dem Land und dem Bund zu klären. Inzwischen liegen Zuwendungsbescheide von Land und Bund vor. Die Anzeige für den Baubeginn des Wohnheimes liegt ebenfalls vor. Insofern ist der Antrag erfüllt.

Herr Wollenberg fragt, ob für das Schuljahr 2013/2014 der Bedarf an Wohnheimplätzen gesichert sei.

Frau Rademacher verweist darauf, dass es ein Verbundsystem gibt.

Frau Lehmann erklärt, dass nach derzeitigem Stand 20 bis 30 Schüler betroffen seien. Die endgültige Zahl stehe Ende April/Anfang Mai fest. Bezüglich der Unterbringung habe man mit der Leiterin des Wohnheimes der Oberstufenzentren gesprochen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Information zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage „Wohnheimplätze am Luftschiffhafen“ zur Kenntnis.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Caterer Workshop am 25.02.2013 in Potsdam

Frau Dr. Magdowski gibt den Ablauf des Workshops bekannt. Dieser findet am 25.02.2013 von 13:30 Uhr bis 18:00 Uhr im Bürgerhaus am Schlaatz statt. Die Ausschussmitglieder sind herzlich eingeladen, um aktiv in die Diskussion einzugreifen. Sie begrüßt, dass man sich überregional mit der Thematik beschäftigt.

Frau Krause fragt nach, ob man die Mensa in der Voltaire-Gesamtschule schließen müsse.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass sich der Workshop mit Qualität des

Schulessens beschäftige. In der Voltaire-Gesamtschule gebe es ein Raumproblem.

Herr Menzel möchte wissen, ob auch die Elternschaft eingeladen sei.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass Schulträger, Eltern, Schüler und Schulleiter aufgefordert sind, sich in die Diskussion einzubringen.

zu 7 **Sonstiges**

Herr Wollenberg bittet darum, mit dem Protokoll eine Antwort zu erhalten:
Für die Cafeteria am OSZ III wurde der Caterer neu ausgeschrieben. Wann kann dort mit einer Besserung der Versorgung gerechnet werden?

Frau Rademacher informiert, dass am 27.02.2013 in Falkensee die regionale Ausgleichskonferenz „Stärkung des demokratischen Engagements von Schülerinnen und Schülern“ stattfinden wird. Die Einladung wird den Ausschussmitgliedern per Mail übersandt.

Herr Dünn teilt mit, dass sich die Grundschule Max Dortu mit Schreiben vom 19.02.2013 an den Bildungsausschuss gewandt hat. Darin wird um Hilfe bezüglich der Hausmeisterstelle gebeten. Er bittet die Verwaltung um eine Antwort.

Herr Wollenberg bemerkt, dass dies ein Problem mehrerer Schulen zu sein scheint. Insofern wäre die Antwort für ihn von grundsätzlichem Interesse.

Man verständigt sich dazu, das Schreiben der Schule durch den Fachbereich Bildung und Sport an den KIS zu übergeben und bis zum 22.02.2013 um Stellungnahme an den Ausschussvorsitzenden zu bitten.

Herr Dünn informiert dass sich Vertreter des SV Motor Babelsberg e.V. mit der Bitte um Unterstützung bei anstehenden Sanierungsarbeiten der Sanitär- und Heizungsanlagen an ihn gewandt haben. Den Zuwendungsantrag des Vereins übergibt er dem Fachbereich Bildung und Sport mit der Bitte um Bearbeitung.

Herr Dünn verweist auf die zurückgestellten Haushaltsvorlagen. Er fragt, ob es für das Fragekolloquium einen Terminvorschlag gibt.

Das ist nicht der Fall.

Es wird darum gebeten, dass die Ausschussmitglieder ihre Fragen direkt an Frau Rademacher (mail: FBschulesport) stellen.

Hans-Wilhelm Dünn
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Schriftführerin

